

# Offene Agrarmärkte nützen den Armen

Wer der Dritten Welt helfen will, sollte kein Geld schicken, sondern die Zollschranken abbauen



Bruno S. Frey

Entwicklungshilfe wird üblicherweise als Übertragung von Geld an Länder der Dritten Welt verstanden. Wer viel Geld in die Entwicklungsländer schickt, wird gelobt. Umgekehrt wird ein Abfluss von Kapital aus der Dritten Welt als schlimm angesehen.

Diese Vorstellung beruht auf zwei Ideen: Wirtschaftlich wird von einer Lückentheorie ausgegangen. Die Investitionsbedürfnisse sind wesentlich grösser als die zur Verfügung stehenden Ersparnisse. Das notwendige Kapital muss von aussen kommen. Je höher deshalb der Anteil der monetären Entwicklungshilfe am Sozialprodukt eines Geberlandes ist, desto mehr wird dieser Vorstellung entsprechend für die Armen dieser Welt getan. Politisch wird davon ausgegangen, dass die Zentralregierungen in den Empfängerländern uneigenmächtig das Geld zugunsten derjenigen Projekte ausgeben, welche die wirtschaftliche Entwicklung am meisten fördern.

Leider funktioniert eine auf Geld beruhende Entwicklungshilfe nicht – sie verschlechtert sogar oft die Lage der Armen. Entwicklungsländer, die mehr Geld als andere erhalten, können ihr Prokopfeinkommen im Durchschnitt nicht stärker steigern als diejenigen, die weniger erhalten. Eine umfassende Untersuchung für 56 Länder über die Periode 1970 bis 1993 hat keine Wirkung der monetären Ent-

wicklungshilfe auf den wirtschaftlichen Wohlstand feststellen können.

Geldübertragungen von reichen auf arme Länder haben auch unerwünschte Anzeizeffekte. Monetäre Entwicklungshilfe unterminiert die wirtschaftliche Effektivität. Erstens zweigen die Politiker der Zentralregierung häufig die eingegangenen Gelder für eigene Zwecke ab. So ging kürzlich die Mitteilung durch die Presse, wonach in Swaziland, wo in diesem Jahr 250 000 Personen zu verhungern drohen, der König sich für seine persönlichen Bedürfnisse einen Jet im Wert von rund 80 Millionen Franken gekauft hat. Das von aussen eingehende Geld erhöht die Korruptionsmöglichkeiten auf allen Ebenen dramatisch. Für Politiker, Bürokraten und andere Mitglieder der Elite lohnt sich ein Kampf um diese Gelder mehr, als eine produktive Leistung zu erbringen.

Zweitens setzen Geldübertragungen an der falschen Stelle an. Die ungenügende wirtschaftliche Entwicklung geht hauptsächlich auf mangelhafte politische Institutionen zurück. Diese geben keinen Anreiz zur Entwicklung des Landes. Vielmehr wird, wer wirtschaftlich produktiv sein möchte, durch die überall wuchernde Bürokratie und Korruption gebremst.

Die geringe oder gar kontraproduktive Wirkung einer auf Geldübertragungen beruhenden Entwicklungshilfe ist auf allen Kontinenten leicht sichtbar. Das Prokopfeinkommen Afrikas hat in den letzten zwanzig Jahren stagniert. In vielen Ländern sind die Leute sogar verarmt. Ganz offensichtlich ist die wirtschaftliche Katastrophe in Argentinien nicht auf fehlende Kapitalzufüsse zurückzuführen, sondern auf das schlecht funktionierende politische System.

Selbstverständlich muss den armen Ländern geholfen werden. Diese Hilfe muss aber anders aussehen als bisher überwiegend praktiziert. An zwei



ILLUSTRATION: GABI KOPP

Punkten ist anzusetzen. Als Erstes müssen so weit wie möglich die Zentralregierungen umgangen werden. Vielmehr muss verstärkt die lokale Ebene einbezogen werden. Vor allem sollte die Fähigkeit zur Selbstorgani-

**Eine auf Geld beruhende Entwicklungshilfe funktioniert nicht und verschlechtert sogar oft die Lage der Armen.**

sation nicht unterschätzt werden. Eigene Administrationen im Rahmen traditioneller Ordnungen (Stämme) sind durchaus möglich. Sie verfügen über viel Wissen über die am Ort bestehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie über das Ökosystem. Sie sind häufig effektiv, verhalten sich aber nicht nach dem Gusto der etablierten Politiker- und Bürokratenkaste in der Zentralregierung. Ebenso entsprechen sie nicht unbedingt den Vorstellungen der oft weit entfernten Hilfsorganisationen. Die schweizerische Entwicklungshilfe hat sich richtigerweise zumindest teilweise lokal

orientiert. Die Zuständigen sollten sich nicht irritieren lassen, auch nicht durch die Einbindung in die Vereinten Nationen, wo vor allem die Eliten der Entwicklungsländer Druck zu ihren eigenen Gunsten ausüben.

Wohl noch wichtiger ist es, den Ländern der Dritten Welt wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies betrifft direkt unsere eigene Wirtschaftspolitik. Zölle und andere Einfuhrbeschränkungen – auch solche im Namen der Umwelt – müssen abgebaut werden. Ebenso müssen die Subventionen für unsere einheimischen Produzenten beseitigt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen können die armen Länder ihre Produkte bei uns absetzen und damit ihre eigene Wirtschaft entwickeln.

Diese Forderungen sind nicht unbekannt. Sie treffen jedoch auf den geballten Widerstand der Vertreter unserer eigenen Wirtschaft. Den Entwicklungsländern wäre am meisten durch eine Öffnung der Agrarmärkte geholfen. In der EU, in den USA, aber auch in der Schweiz wehrt sich die Agrarlobby erfolgreich dagegen. Insbesondere wird in reichen Ländern nach wie vor die Landwirtschaft massiv subventioniert. Die Politiker wissen, dass sie sich grossen Ärger einhandeln, wenn sie daran rühren. Sie betreiben deshalb Entwicklungshilfe lieber in Form von Geldzahlungen – selbst wenn sie ahnen oder wissen, dass diese wenig wirksam oder kontraproduktiv sind.

Nur wenn die Stimmbürger über diese Zusammenhänge aufgeklärt werden, kann diese ungute Situation überwunden werden. Sie müssen die Politiker durch Entscheidungen in Wahlen und Volksabstimmungen zwingen, sich gegen die Lobby der Protektionisten durchzusetzen.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich.